

## In eigener Sache:

Der AZADI infodienst erscheint regelmäßig. Der Versand erfolgt per E-Mail. Auf Anfrage wird er gegen Kopier- und Portokosten auch per Post verschickt. Gefangene erhalten den infodienst kostenlos. Herausgeber ist AZADI e.V. AZADI e.V. unterstützt diejenigen Personen nicht-deutscher Herkunft, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes mit Strafverfolgung bedroht werden.

Die praktische Arbeit von AZADI ist die finanzielle und politische Unterstützung kriminalisierter Kurdinnen und Kurden.

## So können Sie uns unterstützen:

- wenn Sie von Kriminalisierung und Repression gegen Kurd(inn)en erfahren, informieren Sie uns bitte
- werden Sie Fördermitglied,
- spenden Sie.

## Kontakt- und Bestelladresse:

AZADI e.V.  
Hansaring 82  
50670 Köln  
Tel. 0221 / 16 79 39 45  
Fax: 0221 / 16 79 39 48  
E-Mail [azadi@t-online.de](mailto:azadi@t-online.de)  
Internet [www.nadir.org/azadi/](http://www.nadir.org/azadi/)  
V. i. S. d. P.: Monika Morres  
Layout: Holger Deilke

## Bankverbindung:

GLS-Bank Bochum  
BIC: GENODEM1GLS  
IBAN: DE80 4306 0967 8035 7826 00

## Vom Krieg eines Despoten und der Komplexität von EU und Bundesregierung

**S**eit Wochen werden wir von einer gigantischen Nachrichtenflut überschwemmt. Kaum sind häufig gleichzeitig stattfindende Ereignisse unzureichend verarbeitet, kommen die nächsten im Wortsinn zu begreifenden Schlagzeilen, die sprachlos machen ob deren dahinter stehenden Ungeheuerlichkeiten. Kriege, Waffenexporte, Aufrüstung, Zerstörungen, Vertreibungen, Menschenmillionen auf der Flucht, Ausgrenzungen durch Errichten von Mauern und Stacheldrahtwällen, Tod in den Meeren, Tod in Straßen und Cafés, beständig kürzer werdende Wege zum „gläsernen“ Menschen, Aufstände der Bösen und Hassprediger, Brandstifter in der Nacht und Minister auf Pressekonferenzen und vor Mikrofonen am Tag, Schusswaffeneinsatz gegen Menschen an den Grenzen denken – Tabubrüche gibt es nicht mehr. Alles ist gesagt und gebrochen bis in den Abgrund der Inhumanität, Ausverkauf der Menschenrechte als Leistung/Gegenleistung – Interessensausgleich im Sinne der vielbeschworenen „Werte“ des Grundgesetzes, die die politisch Verantwortlichen selbst dem Verfall preisgeben. Ein schäbiger Ritt durch die Niederungen der politischen Verkommenheit organisierter permanenter Kriege, Konflikte und Ausnahmezustände.

Einer dieser Konflikte ist zweifellos der Krieg, den das Erdoğan-Regime seit Monaten gegen die Kurden führt.

### Vorbild Hitler-Deutschland und Franco-Diktatur?

Nachdem der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan von einer Reise nach Saudi-Arabien zurückgekehrt war, sagte er am 31. Dezember 2015 vor Journalisten mit dem Verweis auf den von ihm betriebenen Ausbau seiner Machtbefugnisse: „In einem Einheitssystem (wie in der Türkei) kann ein Präsidialsystem sehr gut bestehen. Es gibt aktuelle Beispiele in der Welt und auch Beispiele in der Geschichte. Sie sehen das Beispiel dazu in Hitler-Deutschland.“

Erdoğan's Büro ließ am nächsten Tag dementieren. Es sei nicht hinnehmbar, dass dessen positiver Verweis auf das Hitler-Deutschland wiedergegeben werde. Er habe vielmehr die Ära Hitlers wegen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wegen des Holocaust und Antisemitismus als negatives Beispiel angeführt und deutlich gemacht, dass missbrauchte Herrschaft in Katastrophen enden könne. [Zeit online v. 1.1.2016]

Ende Januar hatte Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu zur von der türkischen Armee zerstörten Altstadt von Amed (Diyarbakir), Sur, erklärt, der Bezirk werde wiederaufgebaut „wie Toledo“ nach dem Spanischen Bürgerkrieg, womit er wohl sein Vorgehen mit dem der faschistischen Truppen General Francos vergleichen wollte. Hierzu sagte der Vorsitzende der HDP, Selahattin Demirtaş: „Nachdem Toledo vor dem diktatorischen Regime kapituliert hatte, errang Franco die volle Kontrolle über Spanien. Ebenso will der Ministerpräsident nun seine Diktatur mit der Niederringung von Sur ausrufen.“

## Massaker in Cizre

Seit August 2015 begeht Erdoğan mit seiner AKP genau diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die er bezogen auf die Hitler-Ära angeblich kritisiert. Im Südosten des Landes führt er einen brutalen Vernichtungskrieg gegen die kurdische Zivilbevölkerung, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit wird massiv eingeschränkt und die Bürger\*innenrechte werden fortwährend abgebaut. Über 6000 Oppositionelle wurden bislang festgenommen, viele davon Mitglieder, Politiker\*innen und Bürgermeister\*innen der prokurdischen HDP, die sich als gesamttürkische Partei versteht. Mit dem auf Betreiben der AKP-Regierung hin im März 2015 verabschiedeten neuen „Sicherheitspaket“ wurde die Polizei ermächtigt, auf Verdacht in Menschenmengen zu schießen oder das Feuer auf mutmaßlich gewalttätige Demonstranten zu eröffnen, auch wenn sie von ihnen weder angegriffen noch bedroht worden sind. Hiervon machen die sog. Sicherheitskräfte insbesondere in den kurdischen Gebieten regen Gebrauch.

Am 7. Februar berichtete der staatliche Fernsehkanal TRT mit Verweis auf Äußerungen von Regierungsvertretern, dass bei einer Operation und infolge von Gefechten in zwei Gebäudekellern in der Stadt Cizre 60 PKK-Kämpfer getötet worden seien. Faysal Sariyildiz, HDP-Abgeordneter von Sirnak erklärte gegenüber dem kurdischen Fernsehsender Sterk TV, dass es wenige Stunden vor dieser Meldung in Cizre keine Gefechte, aber zwei große Explosionen gegeben habe. Seit dem 22. Januar befanden sich 15 verwundete, 7 getötete und 9 in Lebensgefahr schwebende Menschen in einem Keller in Cizre. Außerdem wurde am 4. Februar ein anderes Gebäude von schweren Artilleriegeschossen der türkischen Armee getroffen, in dem viele Menschen Schutz gesucht hatten, woraufhin beim Ausbruch eines Feuers 9 Menschen in den Tod gerissen worden sind. Freiwilligen aus im Gesundheitswesen tätigen Gewerkschaften, die versuchten, mit Krankenwagen zu den Verwundeten zu gelangen, wurden von „Sicherheits“kräften daran gehindert, den Opfern Hilfe zu leisten. Eine Gruppe von Frauen, darunter Mütter von Eingeschlossenen, wollte – mit weißen Fahnen in ihren Händen – zu dem Haus gelangen, doch wurden alle von Spezialeinheiten der Polizei festgenommen. Der Co-Vorsitzende des Volksrates von Cizre, Mehmet Tunç, der sich in einem der brennenden Häuser befand, hatte in einem Telefoninterview gegenüber dem Fernsehsender Özgür Gün gesagt: „Wir hatten etwas Wasser, wir haben versucht, sie zu löschen, sie zu retten, aber wir haben es nicht geschafft“, um das Gespräch mit den Worten zu beenden: „Falls wir hier sterben sollten, dann war es eindeutig Mord.“

Davutoğlu rechtfertigte in einer Pressekonferenz gemeinsam mit Kanzlerin Merkel am 8.

Februar den Einsatz der türkischen Armee „gegen kurdische Milizen“ in Cizre. Kein Land würde terroristische Aktivitäten innerhalb seiner Grenzen erlauben.

## Merkel wieder in der Türkei – Kapital schlagen aus dem Leid der Menschen

Einen Tag nach dem Massaker in Cizre reiste Bundeskanzlerin Angela Merkel erneut in die Türkei zu Gesprächen mit Präsident Recep Tayyip Erdoğan und Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu, die neuen taktischen Bündnispartner in Sachen Flüchtlingsabwehr. Der Krieg gegen die Kurden und die schweren Menschenrechtsverletzungen spielten – wie schon bei den Konsultationen zuvor – eine eher untergeordnete Rolle. Merkel sagte, sie spreche sehr wohl mit der türkischen Regierung kritische Themen an. So habe Deutschland große Hoffnung auf den Versöhnungsprozess mit Kurden und PKK gesetzt, um rasch im Sinne Davutoğlus fortzufahren: „Man muss allerdings auch sagen, dass natürlich bei terroristischen Aktivitäten jedes Land das Recht hat, gegen Terrorismus vorzugehen.“ Der Ministerpräsident hatte sich bei der Pressekonferenz bezüglich der Einlassung eines Journalisten zum Kampf der Türkei gegen die PKK äußerst verärgert gezeigt. Er verbat sich eine Einmischung von außen, schließlich sei die Türkei eine Demokratie. Diesen Hinweis hat Kanzlerin Merkel verstanden und sich zu den Verbrechen an der kurdischen Zivilbevölkerung nicht weiter geäußert. Dagegen zeigte sich Merkel auf selbiger Pressekonferenz „entsetzt über das menschliche Leid“ der Tausende aus Aleppo geflohenen Menschen, die an der türkisch-syrischen Grenze ohne jede Versorgung bei winterlichen Temperaturen ausharren, um in die Türkei zu gelangen. So machte sie menschliches Mitleid und Menschenrechte teilbar.

Einigkeit bestand zwischen den Beiden in ihren scharfen verbalen Attacken gegen Moskau. Merkel



In Diyarbakir fand am Montag eine Protestaktion gegen die Doppelmoral von Merkels Türkeipolitik angesichts der Realität in der Region statt. Unter anderem zeigten die Protestierenden Plakate auf Englisch und Deutsch, auf denen u.a. stand: „Frau Merkel, sind Sie bereit, eine halbe Million weitere Flüchtlinge aus Kurdistan aufzunehmen?“ Für die nächsten Tage sind Großdemonstrationen angekündigt.

**Merkel's Regierung verhaftet die Kurden, weil ISIS-Unterstützer Erdogan das will! Freiheit für alle kurdischen politischen Gefangenen in Deutschland!**



beklagte, Russland verletze wegen der Bombardements auf Zivilisten die UN-Resolution und Davutoğlu warf Putin vor, nichts zum Frieden beizutragen. Und Beide setzten sich für eine Beteiligung der NATO gegen Schlepper im Gebiet zwischen Griechenland und

Staatschef und sein Ministerpräsident mit brüsker Ablehnung. Bei einem Besuch in London zwei Tage vor einer ersten deutsch-türkischen Regierungskonsultation am 22. Januar, behauptete Ahmet Davutoğlu gar, alle Schützengräben seien zugeschüttet und die Region werde bald „blitzsauber“.

Erfolgreicher war US-Vizepräsident Joe Biden anlässlich seines Besuchs bei Präsident Erdoğan und Ministerpräsident Davutoğlu am 24. Januar auch nicht. Auf den Einwand, die Türkei solle endlich einen Unterschied machen zwischen der PKK und der kurdischen „Partei der Demokratischen Union“ (PYD) Nordsyriens, machte Davutoğlu klar: Es gebe drei gleichwertige Bedrohungen für die Türkei und das seien die PKK, die Assad-Regierung und die PYD. Die türkische Regierung lasse es zudem nicht zu, dass eine PYD-Delegation an den Friedensverhandlungen in Genf teilnimmt; hierfür lasse man auch die Verhandlungen platzen.

der Türkei ein. Außerdem solle die Zusammenarbeit zwischen türkischer Küstenwacht und der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX verbessert werden.

**Flüchtlinge als Druckmittel für AKP-Regierung**

Angekündigt wurde zudem, dass die Türkei die Errichtung von 5000 Containern für 30 000 Menschen auf syrischem Gebiet plane, um diese am Überschreiten der türkisch-syrischen Grenze zu hindern. Das Flüchtlingshilfswerk UNHCR und die EU hingegen fordern die Regierung auf, Flüchtlinge ins Land zu lassen, für deren Versorgung Milliarden Euro zur Verfügung gestellt würden. „Die Vorstellung, dass die Türkei Flüchtlinge menschenwürdig behandeln würde und damit die weitere Flucht dieser Menschen in den Westen Europas verhindern könnte, ist irrational. Die AKP-Regierung nutzt das als Druckmittel, um einige geostrategische Ziele zu erreichen und finanzielle Unterstützung zu bekommen. [...] Erdoğan löst das Flüchtlingsproblem nicht, er produziert und verschlimmert es selbst. Hunderttausende Kurden haben jüngst ihre Städte aufgrund des brutalen Vorgehens der türkischen Armee verlassen müssen und sind selbst zu Flüchtlingen gemacht worden“, antwortete Ali Atalan, der seit Juni 2015 für die HDP Mitglied des türkischen Parlaments ist, auf eine Frage der jungen welt vom 10. Februar. Atalan war von 2010 bis 2012 Mitglied der Linksfraktion im Landtag von NRW. Weitere Aussagen des Politikers s. unter der Rubrik „Zur Sache: Türkei“.

**Kritik unerwünscht**

Selbst auf zaghafteste Kritik aus dem Ausland an Erdoğan's Politik und insbesondere die Forderung, den Krieg gegen die Kurden zu beenden und den von ihm Ende Juli 2015 einseitig aufgekündigten Friedensprozess mit der PKK wieder aufzunehmen, reagierte der

**Erdoğan dreht am Rad**

Nicht genug. Am 9. Februar ließ Erdoğan Medienberichten zufolge den US-Botschafter einbestellen. Hintergrund waren Äußerungen von John Kirby, Sprecher des US-Außenministeriums. Er hatte gesagt, dass die kurdische „Partei der Demokratischen Einheit“ (PYD) Nordsyriens aus Sicht der USA „keine Terrororganisation“ sei. Erdoğan wirft den USA vor, durch ihre Weigerung, die PYD sowie die Selbstverteidigungseinheiten YPG/YPJ nicht als Terrororganisationen einzustufen, in Syrien ein „Blutbad“ angerichtet zu haben, das jetzt zu einer Angelegenheit der inneren Sicherheit der Türkei geworden sei. Während PYD und YPG Verbündete für Washington im Kampf gegen den IS sind, stehen sie für die Türkei als „terroristische Organisationen“ auf einer Stufe mit der PKK.

Für Erdoğan im Vordergrund steht nach wie vor der Sturz des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad.

Am 8. Februar veröffentlichte das griechische Nachrichtenmagazin „euro2day“ das Protokoll über Gespräche zwischen EU-Vertretern und Präsident Erdoğan, wonach dieser auf Vorwürfe, er erpresse die EU mit Flüchtlingen, mit der Öffnung der Grenzen nach Europa gedroht habe. „Wir schämen uns nicht dafür. Das Protokoll ist für uns nur eine Bestätigung“, sagte Erdoğan in Ankara. Es könne sein, dass die Türkei eines Tages „das Tor aufmacht und ihnen gute Reise wünscht“. Es solle niemand glauben, „dass unsere Flugzeuge und Busse umsonst da seien“. Gegenüber der Nachrichtenagentur Anadolu meinte er, dass die Flüchtlinge in die Länder geschickt würden, die derzeit „gute Ratschläge“ erteilen zur Öffnung der Grenze wegen der Lage in der Stadt Aleppo. Außerdem kritisierte er erneut die UNO wegen ihrer Forderung. [AFP v. 11.2.2016]

## „Schmutziger“ Interessenausgleich

Nach den deutsch-türkischen Konsultationen am 22. Januar hieß es in einer gemeinsamen Erklärung u. a.: „Die jüngsten, abscheulichen Anschläge in Istanbul und zuvor in Ankara und Suroç bestätigen die (...) Notwendigkeit, die Zusammenarbeit im rechtmäßigen Kampf gegen den Terrorismus (...), einschließlich Daesh, PKK, DHKP-C und anderen, weiter zu vertiefen.“ Bundeskanzlerin Merkel hatte auf Fragen von Journalist\*innen genervt erklärt, zwar seien die Konflikte in der Türkei angedeutet worden, aber das sei nicht Thema der Gespräche gewesen.

Noch deutlicher wurde Bundesinnenminister Thomas de Maizière, der am 25. Januar erklärte:

*„Alle, die uns jetzt sagen, man muss die Türkei von morgens bis abends kritisieren, denen rate ich, das nicht fortzusetzen. Wir haben Interessen. Die Türkei hat Interessen. Das ist ein wichtiger Punkt.“*

Um fortzufahren:

*„Natürlich gibt es in der Türkei Dinge, die wir zu kritisieren haben. Aber die Türkei, wenn wir von ihr etwas wollen, wie, dass sie die illegale Migration unterbindet, dann muss man auch Verständnis dafür haben, dass es im Zuge des Interessenausgleichs auch Gegenleistungen gibt.“* ( <http://www.ardmediathek.de/tv/Monitor/Schmusekurs-mit-Erdogan-Wir-sollten-au/Das-Erste/Video?documentId=33195684&broadcastId=438224> )

Diese Gegenleistungen sind – vorerst – 3 Milliarden Euro, Visaerleichterungen, Dynamisierung der EU-Beitrittsverhandlungen, verstärkter Kampf gegen die PKK und linke türkische Organisationen und vor allem SCHWEIGEN zu allen „Dingen“ wie Krieg und Menschenrechtsverletzungen.

Wir hören die inbrünstigen Ermahnungen deutscher Politiker\*innen, dass in erster Linie die Fluchtgründe in den Herkunftsländern beseitigt werden müssten – ein Hohn angesichts der Tatsache, dass diese Bundesregierung kontinuierlich neue Fluchtgründe und –bewegungen schafft. Sei es durch die Entsendung von Soldaten und Waffenlieferungen in zahlreiche Konflikte-

tionen oder durch das Schweigen bei schwersten Kriegsverbrechen im Interesse von Interessen.

Wie perfide ist es, von anderen Ländern lauthals die Einhaltung von Menschenrechten und demokratischen Standards zu fordern, wenn man selbige mit Füßen tritt?

## Kurze Blicke in die deutsch-türkischen Beziehungen

An dieser Stelle sei ein kurzer Blick in die Vergangenheit getan. Welcher Art das Verhältnis Deutschlands zur Türkei bzw. zum Osmanischen Reich bereits vor 100 Jahren gewesen ist, wird am Verhalten zum Genozid an den Armeniern deutlich.

In einem Kommentar der jungen welt vom 23./24.1. zitierte Sevim Dağdelen von der Linksfraction eine Meldung der deutschen Militärensour: „Über die Armeniergreuel ist folgendes zu sagen: Unsere freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei dürfen durch diese innertürkische Verwaltungsangelegenheit nicht nur nicht gefährdet, sondern im gegenwärtigen, schwierigen Augenblick nicht einmal geprüft werden. Deshalb ist es einstweilig Pflicht zu schweigen. Später, wenn direkte Angriffe des Auslands wegen deutscher Mitschuld erfolgen sollten, muss man die Sache mit größter Vorsicht und Zurückhaltung behandeln und später vorgeben, dass die Türken schwer von den Armeniern gereizt wurden.“

Deutsch-türkische Beziehungen noch früher: Der preußische Generalfeldmarschall Graf von Moltke wurde einem Wunsch des Sultans zufolge von 1836 bis 1839 nicht nur als Ausbilder der Truppen des Osmanischen Reiches abkommandiert, sondern er nahm 1838 auch an einem Feldzug gegen die Kurden teil.

## Wer stoppt diesen Autokraten?

Bezogen auf Erdoğan's politische Vergangenheit genügen 28 Jahre, um seine wahren Absichten zu erkennen, denn 1988 sagte er: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere



## URLAUBSPLANUNG FÜR DIE TÜRKEI?

**Die** Türkei, die Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung begeht?

**Die** Türkei, die kurdische Städte mit Ausgangssperren belagert?

Die Türkei, die ISIS und andere reaktionäre Gruppen in Nordsyrien und Irak unterstützt?

Die Türkei, die routinemäßig politische Kontrahenten, Journalisten und Demonstranten verhaftet?

Als Tourist Ihr Geld in der Türkei auszugeben bedeutet, den Krieg der Regierung gegen die eigene kurdische Bevölkerung anzuzetteln.

Bedenken Sie bitte, was Ihr Geld unterstützt, und informieren Sie sich unter:

<https://isku.blackblogs.org/1368/planen-sie-ihren-urlaub-in-der-tuerkei/>

Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“

Nun gießt das AKP-Regime erneut frisches Öl ins Feuer und facht den Flächenbrand im Mittleren Osten weiter an. Weil die von Ankara unterstützten dschihadistischen Truppen wie Ahrar al-Sham und Al-Nusra-Front möglicherweise in Nordsyrien von der Assad-Armee umzingelt werden, hat Ankara am 13. Februar damit begonnen, militärisch zu intervenieren. Hauptsächlicher Anlass für die Angriffe ist jedoch die Tatsache, dass an der Absperrung des Korridors zur Türkei neben den Syrischen Demokratischen Kräften auch Einheiten der kurdischen Volksverteidigungseinheiten Rojawas, YPG/YPJ beteiligt sind.

Schon länger droht das türkische Regime mit einer militärischen Intervention gegen die kurdischen Kräfte, sollten sie die Gebiete nördlich von Aleppo erobern, um die beiden kurdisch-kontrollierten Kantone Afrin und Kobanê miteinander zu verbinden.

Am 11. Februar erst hatten YPG und ihre Verbündeten den Flughafen Menagh und die Gebiete um die Kleinstadt Azaz von den Terrormilizen befreit, worauf-

hin Ankara mit Artillerieangriffen reagierte, weil die YPG angeblich auch die türkische Grenzstadt Kilis attackiert hätte, was von kurdischer Seite vehement bestritten wurde. Den Forderungen von Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu, die YPG müsse sich aus Azaz zurückziehen und ihre Zusammenarbeit mit den Syrischen Demokratischen Kräften einstellen, wird die YPG nach eigenen Aussagen nicht nachkommen. Die angedrohte Bodenoffensive werde als Besatzungsversuch der Türkei gewertet, gegen die Widerstand geleistet würde.

Die USA und Frankreich forderten am Rande der 52. Münchner Sicherheitskonferenz von der Türkei ein Stopp der Angriffe in Nordsyrien. John Kirby, Sprecher des US-Außenministeriums, rief gleichzeitig die Kurden dazu auf, kein Kapital aus den Kämpfen zu ziehen.

Unterdessen hat Saudi-Arabien unter dem Vorwand des Anti-IS-Kampfes Kampfflugzeuge zum NATO-Stützpunkt ins türkische Incirlik verlegt.

(ND 15.2.2016)

# AUFRUFE

## **GEW: Gewalt beenden!**

Die Vorsitzende der GEW, Marlis Tepe, kritisiert „die fortgesetzten Repressionen gegen Oppositionelle und Minderheiten in der Türkei und fordert von der türkischen Regierung die Einhaltung der Menschenrechte und ein Ende der Gewalt im Kurdenkonflikt“. In dem Aufruf vom 25. Januar kündigt die GEW an, sich gemeinsam mit europäischen Bildungsgewerkschaften an einer Delegationsreise in die Türkei zu beteiligen, „um sich vor Ort zu informieren und ein Ende der Gewalt zu fordern.“

## **Linksfraktion: Krieg gegen Kurden sofort beenden !**

Am 26. Januar beschloss die Linksfraktion des Bundestages eine „Solidaritätserklärung mit der Bevölkerung in der Türkei“.

„Das perfide Ziel der Bundesregierung, die Türkei als Bollwerk gegen Schutzsuchende einzusetzen und im Gegenzug zu den Verbrechen der türkischen Regierung zu schweigen, wird nicht aufgehen. Denn wenn die Angriffe der türkischen Sicherheitskräfte weitergehen, werden hunderttausende Kurden nach Europa fliehen,“ heißt es in dem Text. Die Fraktion fordert, „den Krieg gegen die Kurden sofort zu beenden“, eine offene Diskussion zu den Autonomieforderungen der Kurden ohne strafrechtliche Konsequenzen zu ermöglichen und „mit einem Waffenexportstopp ein klares Signal an Staatspräsident Erdoğan zu senden, dass die Eskalationspolitik beendet werden muss.“

## **Jurist\*innen-Delegation in Amed:**

### **Massive Menschenrechtsverletzungen erfordern sofortige internationale Aktivitäten**

Vom 21. bis 24. Januar hielt sich eine 10-köpfige Jurist\*innen-Delegation aus Belgien, Deutschland, Österreich und Italien in Amed (*türk.: Diyarbakir*) auf. Diese Reise wurde koordiniert von der „Europäischen Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte weltweit“ e.V. (ELDH), der „Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen“ (VDJ) sowie der „Unione delle Camere Penali Italiane“.

Dort trafen sie zusammen mit Vertreter\*innen von Vereinsvorständen, Menschenrechtsorganisationen, der Ärztekammer, Opferfamilien, Frauenorganisationen und Co-Bürgermeistern der HDP von Amed. In diesen Gesprächen erhielten sie umfassende Informationen über die dramatischen Entwicklungen in der Region, insbesondere auch im Stadtteil Sur, dem Altstadtviertel von Amed.

Hierbei sind sie zu dem Fazit gelangt, dass gegen die auch von der Türkei ratifizierten internationalen Menschenrechtsabkommen verstoßen und sie nicht respektiert werden.

Die Anwält\*innen forderten nach Beendigung ihrer Delegationsreise,

- dass die türkische Regierung umgehend die illegalen Ausgangssperren aufhebt und nationale

wie internationale Gesetze und Verträge respektiert

- dass die europäischen Institutionen alles in ihrer Macht stehende tun, diese humanitäre Tragödie zu beenden. Die Kooperation zwischen der EU und der Türkei hinsichtlich der Flüchtlingsbewegung kann nicht rechtfertigen, dass zu den Verbrechen geschwiegen wird, die derzeit in Diyarbakir, Cizre und anderen Städten der Region verübt werden.
- Die Vereinten Nationen müssen ein Dringlichkeitstreffen des UN-Sicherheitsrates einberufen im Hinblick auf eine Verschlimmerung der Situation von unter Ausgangssperren leidenden Zivilisten .

(aus PM ELDH v. 25.1.2016/Azadi)

## TATORT KURDISTAN ohne IM de Maizière

Wegen der unsäglichen Äußerungen des Bundesinnenministers Thomas de Maizière gegen Kritiker\*innen am Kriegskurs der Türkei gegen kurdische Menschen und Städte im Südosten des Landes, fordert die bundesweite Kampagne TATORT KURDISTAN in einem Aufruf vom 8. Februar dessen Rücktritt.

Der gesamte Text ist als Petition zu finden und zu unterstützen unter:

[https://change.org/p/bundesregierung-menschenrechte-sind-nicht-verhandelbar-im-de-maiziere-muss-zur%C3%BCck-treten/share?after sign exp=default&just signed=true](https://change.org/p/bundesregierung-menschenrechte-sind-nicht-verhandelbar-im-de-maiziere-muss-zur%C3%BCck-treten/share?after%20sign%20exp=default&just%20signed=true)

Mehr Informationen:

<http://tatortkurdistan.blogspot.de>

Kontakt: [tatort\\_kurdistan@aktivix.org](mailto:tatort_kurdistan@aktivix.org)

# VERBOTSPRAXIS

## Bundesanwaltschaft erhebt Anklage gegen Bedrettin Kavak vor dem OLG Hamburg

Laut Pressemitteilung des Generalbundesanwalts vom 10. Februar hat die Bundesanwaltschaft (BAW) am 3. Februar vor dem Staatsschutzsenat des OLG Hamburg Anklage erhoben gegen Bedrettin Kavak, der am 26. August 2015 in Bonn festgenommen worden war und sich seitdem in Untersuchungshaft in Hamburg befindet.

Die Anklage beschuldigt ihn der Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung im Ausland“ gem. § 129b Abs. 1 i.V.m. § 129a Abs. 1 StGB.

Seit November 2012 soll er hauptamtlicher Kader gewesen sein und verschiedene PKK-Sektoren verantwortlich geleitet haben. Laut BAW soll er sich nach einem Aufenthalt in Skandinavien „spätestens Mitte Juli 2014“ wieder als Gebietsleiter betätigt haben.

Zu seinen von der BAW als terroristisch eingestuft Tätigkeiten sollen u.a. die Überwachung von Spenden- und Beitragssammlungen, das Erteilen von Aufträgen an ihm angeblich untergeordneten Aktivist\*innen, die Berichterstattung über Ereignisse, Veranstaltungen und sonstigen Aktivitäten in seinem Wirkungsbereich an die Europaebene der PKK, gehört haben. Zudem habe er – kaum zu glauben – dafür gesorgt, dass sich eine hinreichende Zahl von Menschen an Veranstaltungen und Schulungen beteiligen !

Bedrettin Kavak wird in Deutschland keine Straftat vorgeworfen. Nach der Logik des als politisches Repressionsinstrument genutzten § 129b StGB genügt einzig die Mitgliedschaft in einer inkriminierten Vereinigung. Danach werden Betroffene wie Bedrettin Kavak, die sich in Europa politisch für einen legitimen Kampf gegen Unterdrückung, für Befreiung und eine friedliche Konfliktlösung in dem seit Jahrzehnten

ungelösten türkisch-kurdischen Konflikt einsetzen, für alle Aktivitäten der PKK und ihrer Guerilla in der Türkei oder anderen Regionen, mitverantwortlich gemacht. Dabei stützen sich die Strafverfolgungsbehörden in erster Linie auf „Erkenntnisse“ und Informationen aus dem Justiz- und Sicherheitsapparat der Türkei. [...]

Dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan im August 2015 den Verhandlungsprozess mit Abdullah Öcalan, der kurdischen Bewegung und der HDP einseitig aufgekündigt hat und seitdem mit staatsterroristischen Methoden gegen die kurdische Zivilbevölkerung vorgeht, spielt in der Welt von BAW, BKA und VS eine untergeordnete Rolle. Rückenwind erhalten sie jetzt durch die Politik der Bundesregierung, die sich für den von Innenminister de Maizière deklamierten „Interessenausgleich“ in Sachen Flüchtlingsabwehr zum Fußabtreter Erdoğan gemacht hat.

(PM Azadi v. 11.2.2016)

## Razzia im Jugendzentrum Hannover

In den Morgenstunden wurden heute die Räumlichkeiten des „Unabhängige Jugendzentrums“ (UJZ) in Hannover durchsucht, nach Angaben der Staatsanwaltschaft Lüneburg aufgrund des Verdachts des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz, weil dort angeblich die PKK unterstützt werde. Diese Meldung wurde in der „Neuen Presse“ Hannover unter der Rubrik „Kriminalität“ veröffentlicht.

Diese gegen Kurd\*innen und sich mit ihnen solidarisierende Menschen gerichtete Polizeioperation ist Ausdruck der jüngsten deutsch-türkischen Komplizenschaft und des Krieges, den das AKP-Regime gegen die kurdische Zivilbevölkerung führt.



Am Abend des 12.2.2016 demonstrierten in Hannover ca. 1000 gegen die Kriminalisierung linker Strukturen sowie gegen das PKK-Verbot

Durch das Schweigen von Kanzlerin Merkel bei ihrem kürzlichen Besuch in Ankara zu dem grausamen Massaker von Cizre und den Kriegsverbrechen des türkischen Militärs und sogenannter Sicherheitskräfte in zahlreichen anderen kurdischen Städten, sehen sich deutsche Strafverfolgungsbehörden aufgefordert, auch hier wieder gegen Kurd\*innen vorzugehen. Vor dem Hintergrund der vielen Proteste gegen den Kriegskurs des türkischen Regimes und der Haltung der Bundesregierung sollen wohl Menschen eingeschüchert und kriminalisiert werden, die sich mit den Kurdinnen und Kurden gegen diese Politik und „schmutzigen Deals“ solidarisieren.

AZADÎ verurteilt diese Razzia scharf und erklärt sich solidarisch mit den Kurdinnen und Kurden und allen, die ihren Widerstand gegen Krieg und Unterdrückung zum Ausdruck bringen wollen: NICHT IN UNSEREM NAMEN.

*(PM Azadî v. 11.2.2016)*

## **Strafrechtliche Verfolgung – politisch motiviert**

Mehrere Abgeordnete der Linksfraktion hatten eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, Thema: Verfolgung sogenannter ausländischer terroristischer Vereinigungen aus der Türkei.

Auf die Frage, gegen welche Organisationen nach § 129b StGB ermittelt werde, antwortete das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) am 26. Januar, dass der Generalbundesanwalt (GBA) beim Bundesgerichtshof Ermittlungsverfahren führe gegen die Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C), die Kommunistische Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch (TKP/ML), Devrimci Karargah, die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sowie deren Teilorganisationen sowie gegen die Türkische Hizbullah (TH).

Bei der TKP/ML sei im Laufe der Ermittlungen festgestellt worden, dass sie insgesamt als terroristische Vereinigung im Ausland gem. § 129b StGB zu werten sei (obwohl sie auf keiner Terrorliste aufgeführt oder in Deutschland verboten ist. Azadî)

Gegen folgende in der Türkei aktive bzw. aus der Türkei stammende Vereinigungen wird derzeit wegen eines Anfangsverdachts aufgrund von § 129b geprüft: MLKP, MKP und gegen die faschistische Ülkücü-Bewegung. Derzeit würden 25 personenbezogene Vorgänge beim GBA geführt.

Die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung von Taten der „Freiheitsfalken“ (TAK) nach §129b wurde am 2. Oktober 2006 erteilt. Die Ermittlungen hätten ergeben, dass die TAK nicht selbstständig seien. Vielmehr handele es sich um eine „weitere Bezeichnung bewaffneter Kräfte der PKK“.

Am 6. September 2011 hat das BMJV den GBA zur strafrechtlichen Verfolgung „bereits begangener und künftiger Taten der Europaführung, des Deutschlandverantwortlichen und der jeweiligen Verantwortlichen für die in Deutschland bestehenden Sektoren der PKK und ihrer Teilorganisation in Europa, CDK“, ermächtigt.

Zwischen April 2011 und September 2015 seien auf Anträge des GBA „insgesamt 17 Ermächtigungen zur strafrechtlichen Verfolgung einzelner Beschuldigter wegen ihrer Tätigkeit für die PKK und ihrer Teilorganisationen“ erteilt worden.

Auf die Frage, aus welchen Quellen das notwendige Wissen des BMJV für die Strafverfolgung nach §129b stamme, heißt es in der Antwort, dass hierbei auf die „Erkenntnisse seiner Ermittlungspersonen“ zurückgegriffen werde. Vor einer endgültigen Ermächtigung würde das Ministerium auch das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt und das Bundesinnenministerium beteiligen.

Befragt, welche deutschen und türkischen Behörden auf EU- oder NATO-Ebene über welche Vereinigungen regelmäßig in welchem Zusammenhang Gespräche führt, verweist das Ministerium auf bilaterale Gespräche des Auswärtigen Amtes mit dem türkischen Außenministerium, des Bundesinnenministeriums mit dem türkischen Pendant sowie zwischen deutschen und türkischen Sicherheitsbehörden. Thema sei regelmäßig die „Bekämpfung von Terrorismus“ sowie „der Konflikt mit der PKK“.

Die Frage, ob es Ersuchen oder Bitten türkischer Behörden bezüglich einer strafrechtlichen Verfolgung bestimmter Vereinigungen gegeben habe, verneinte das Ministerium.

Auf Nachfrage sind folgende Vereinigungen auf Terrorlisten der USA, EU oder der Vereinten Nationen aufgeführt: Auf der EU-Liste sind es die PKK seit dem 2. Mai 2002, die DHKP-C ebenfalls und die TAK seit dem 21. Dezember 2006.

In den USA wurden PKK und DHKP-C am 8. Oktober 1997 als ausländische Terrororganisationen gelistet. Zudem seien sie „am 31. Oktober 2001 als

Speziell Designierter Globaler Terrorist („Specially Designated Global Terrorist“) eingestuft worden.

Auf den Terror-Sanktionslisten der Vereinten Nationen sind sie nicht enthalten.

Mit einem Vereinsverbot belegt sind in der Bundesrepublik seit 1993 die PKK und seit 1998 die DHKP-C.

Die Antwort der Bundesregierung auf die Frage, in welchen anderen EU-Staaten mit den deutschen §§ 129, 129a und 129b StGB vergleichbare Strafverfahren geführt werden: „Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor“ (!).

**Die Bundestagsdrucksache trägt die Nr. 18/7228**

# REPRESSION

## Deutscher Topagent wird leitender EU-Geheimdienstler

Gerhard Conrad, Islamwissenschaftler und Agent des Bundesnachrichtendienstes (BND) soll neuer Koordinator des „Intelligence Analysis and Situation Centre“ (INTCEN) der EU werden. Diese seit 1999 aufgebaute EU-Geheimdienstbehörde im Rahmen der „Gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik“ soll angeblich nicht nachrichtendienstlich tätig sein, doch einen tatsächlichen Einblick in deren Aktivitäten haben die nationalen Parlamente nicht.

Conrad soll wie seine Ehefrau für den BND zunächst in Damaskus und später in Beirut gearbeitet haben. 2004 übernahm er für seine Abteilung die Verantwortung für Verhandlungen. Ab 2007 hat er im Auftrag der UN zwischen Israel und der Hisbollah vermittelt, was ein Jahr später zum Austausch von Leichen und Gefangenen führte. Eine Vermittlerrolle spielte er im gleichen Jahr auch bei der Freilassung von deutschen Bergsteigern am Ararat, die von einer PKK-Guerillaeinheit festgehalten worden waren. An Verhandlungen zwischen Israel und Hamas 2011 im Zusammenhang mit dem Austausch des entführten israelischen Soldaten Gilad Schalit gegen 1027 Palästinenser war Conrad auch involviert.

*(ND v. 12./13.12.2015/Azadi)*

## Strafrechtliche Verfolgung von Kämpfern der kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG/YPJ

### Spanien

Am 29. Januar wurden in Spanien im Rahmen einer „Operation Valley“ neun Kommunisten – acht Spanier und ein Türke – unter dem Vorwurf festgenommen, die PKK unterstützt und mitgeholfen zu haben, neue Mitglieder für den bewaffneten Kampf zu rekrutieren. Im Zuge dieser Operation hatte die Polizei in Madrid, Valencia und Bilbao elf Gebäude durchsucht. Allen wird vorgeworfen, mit Aktivist\*innen aus anderen europäischen Ländern ein Netzwerk gebildet zu haben, um neue Rekruten für die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) im Selbstverwaltungsgebiet von Rojava/Nordsyrien vor ihrer Reise zu instruieren. YPG

und die Fraueneinheiten YPJ kämpfen gegen den IS. Die türkische Regierung behauptet, es handle sich bei ihnen um Ableger der PKK, die sowohl von der Türkei, der EU sowie den USA als terroristische Organisation eingestuft wird. Für das Pentagon sind die YPG militärische Verbündete gegen den IS.

In den Reihen von YPG/YPJ kämpfen rund 400 Internationalist\*innen. Im Juni 2015 hatte sich auf Initiative der Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei (MLKP) aus der Türkei ein „Internationales Freiheitsbataillon“ gebildet, dem sich auch mehrere Mitglieder der spanischen PML-RC angeschlossen hatten. Zwei von ihnen wurde nach ihrer Rückkehr aus Rojava in Spanien verhaftet und angeklagt, weil sie ohne staatliche Erlaubnis an einem bewaffneten Konflikt außerhalb Spaniens teilgenommen hätten. Dadurch und weil sie sich einer als terroristisch eingestuften Organisation angeschlossen hätten, sei die nationale Sicherheit gefährdet worden. *(jw v. 29.1.2016)*

### Deutschland / Australien

Anfang Dezember 2015 war der 23-jährige Australier Ashley D. am Flughafen Berlin-Tegel aus Erbil/Nordirak kommend eingereist und festgenommen, weil gegen ihn zwei Ausschreibungen in nationalen Datenbanken vorlagen. Ashley D. kämpfte bei den kurdischen Selbstverteidigungseinheiten YPG und wollte zu privaten Besuchen nach Schweden weiterreisen. Gegen eine beabsichtigte Zurückschiebung von Ashley D. nach Australien nicht zuletzt wegen einer ihm dort drohenden Strafverfolgung wurde ein Eilantrag an das Verwaltungsgericht Berlin gerichtet, jedoch abgewiesen. Begründet wurde die Entscheidung damit, dass nach dem Schengener Grenzkodex Drittstaatsangehörige nicht in das Hoheitsgebiet der Mitgliedsstaaten einreisen dürfen, wenn sie eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und die innere Sicherheit darstellen oder in nationalen Datenbanken zur Einreiseverweigerung ausgeschlossen seien. Dies treffe in diesem Fall zu, weil er in deutschen Datenbanken wegen des „Verdachts der Bildung terroristischer Vereinigungen im Ausland“ ausgeschlossen sei. So wurde Ashley D. am 5. Dezember nach Australien zurückgeschoben. *(Azadi)*

## Niederlande

Nach einem Bericht in der jungen welt vom 4. Februar ermittelt die niederländische Staatsanwaltschaft gegen den 46-jährigen Jitse Akse aus Leeuwarden wegen mehrfachen Mordes. Mehr als 60 000 Menschen fordern in einer Online-Petition die Einstellung des Verfahrens.

Jitse Akse hat im vergangenen Jahr zehn Monate lang in Rojava für die YPG gegen den IS gekämpft; seit November 2015 ist er wieder in den Niederlanden. Er wollte nach einem Urlaub wieder nach Nordsyrien zurückkehren, doch wurde er am 16. Januar von einem Sondereinsatzkommando in Arnhem verhaftet, nach zwei Tagen zwar wieder freigelassen, doch mit der Auflage, die Niederlande bis auf weiteres nicht zu verlassen. Er musste Pass und Handy abgeben und hat sich jede Woche bei der Polizei zu melden.

Akse hatte einer Leeuwardener Zeitung gegenüber von seinem Kampf in Rojava berichtet und eingeräumt, auch IS-Kämpfer getötet zu haben. Er betrachte den IS als Bedrohung für Europa, „dagegen wollte ich etwas tun“ und vergleiche seinen Einsatz mit dem Kampf der internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg gegen die Franco-Faschisten. Anders sieht das die Staatsanwaltschaft „Niederländische Kämpfer gegen den IS fallen ganz normal unter das niederländische Strafrecht und können verfolgt werden, wenn sie Verbrechen begehen,“ so die Anklagebehörde über die Motivation für die Ermittlungen gegen Jitse Akse. „Das Töten von IS-Kämpfern kann darum zu einer strafrechtlichen Verfolgung wegen Mordes führen.“

Dabei spiele keine Rolle, dass sich die Niederlande mit dem Einsatz von vier Kampfflugzeugen an der Anti-IS-Allianz beteilige.

„Wenn die Staatsanwaltschaft Akse wegen Mordes verfolgen will, dann müsste sie auch die niederländischen Piloten verfolgen, die im Auftrag der niederländischen Regierung IS-Mitglieder bombardieren“, schrieb Afshin Ellian, Professor für Recht an der Universität Leiden, in einer Kolumne im politischen Wochenmagazin „Elsevier“. Und selbstverständlich bestehe ein Unterschied zwischen Personen wie Akse

<http://frauenzentrumsara.blogspot.eu>

und niederländischen IS-Kämpfern, die nach Syrien gehen: „Dschihadisten wollen Kriegsverbrechen begehen, während die Verteidiger der Kurden genau das verhindern wollen.“

Akse habe zwar nicht im Auftrag der Regierung an der Seite der YPG gekämpft, aber er sei Teil einer Streitmacht gewesen, „die von der niederländischen Regierung und ihren Bündnispartnern militärisch, finanziell und politisch unterstützt wird“.

Akse habe vor dem Gesetz korrekt gehandelt, vorausgesetzt, es seien keine Kriegsverbrechen begangen worden.

Noch im Oktober 2014 hatte die Staatsanwaltschaft über Mitglieder eines niederländischen Motorradclubs, die nach Kurdistan gegangen waren, ausgesagt: „Selbst wenn sie IS-Kämpfer ermorden, wird die Staatsanwaltschaft sie nicht verfolgen. Solange sie keine Kriegsverbrechen begehen, dürfen sie am bewaffneten Kampf gegen den IS teilnehmen,“ hieß es damals noch.

Jitse Akse war im übrigen 10 Jahre lang Soldat der niederländischen Armee – zuerst als Fallschirmjäger und später bei einer Einheit, die im Bosnienkrieg in Srebrenica stationiert gewesen ist.

Jetzt hält er sich an einem geheimen Ort auf, geschützt von Leibwächtern vor möglichen Racheakten des IS. „Die Justiz hat ihn in große Gefahr gebracht“, so seine Rechtsanwältin.

## Abschaffung des Bargeldverkehrs geplant Totale Überwachung der Bürger\*innen droht

Die Bundesregierung plant die Einführung einer Obergrenze von 5000 € im Bargeldverkehr. Auf die Frage der jungen welt, was er dazu sage, erklärte der Berliner Landesvorsitzende der Piraten, Bruno Kramm u.a., dass dies „den Banken ebenso“ gefalle wie dieser „an staatlicher Überwachung interessierten Regierung“. Wenn nämlich der Geldverkehr nur noch digital und über Bankkarten erfolge, ließen sich die Bürger\*innen „nahezu lückenlos überwachen“. Durch das europaweit eingeführte SEPA-Verfahren seien jetzt auch Privatpersonen „komplett kontrollierbar – sogar für US-

amerikanische Geheimdienste“.

Hinzu komme die Vorratsdatenspeicherung sowie die Bestandsdatenauskunft an Behörden zu emails: „Der Staat weiß genau, wann du

### Spendenaufuf für das **Frauenzentrum SARA**



zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Qamişlo, Rojava (Nordsyrien)

was kaufst und was du tust“. Von jeder Person seien Profile erstellbar.

Befragt, was bargeldloser Handel insbesondere für Arme – etwa für Flaschensammler – bedeuten könne, meinte Kramm, dass hierdurch die „Zwei-Klassen-Gesellschaft insgesamt“ verschärft werde. Außerdem seien der Kleinkunsthandel oder die Flohmärkte betroffen oder Bands, die bar aus der Abendkasse bezahlt würden. Oder: „Denken Sie an ältere Menschen; meine Mutter besitzt keinen Computer, betreibt kein Online-Banking, alles läuft mit Bargeld“.

Profitieren würden die Banken, die dann die Kunden besser überwachen könnten und letztlich an jedem Geldtransfer verdienen.

Auf die Frage, was er davon halte, dass die Bundesregierung die Abschaffung von Bargeld mit dem „Kampf gegen den Terror“ begründe, meinte der Pirat, dass diese Ausrede „lachhaft“ sei, weil „Terroristen, die im große Stil Waffen kaufen“, so nicht zu stoppen seien. Vielmehr müsse die Bundesregierung „Konzerne wie Heckler & Koch hindern, Rüstungsprodukte zu liefern, die in Krisenregionen gelangen“. Ferner müsse sie „per Gesetz den Waffenhandel verbieten, die in Krisenregionen gelangen“.

Es sei mit Blick auf die Zukunft zu befürchten, dass „jeder vorhersehbar und programmierbar“ wird. Schon heute zeige der Computer Werbung, „die so auf dich zugeschnitten ist, dass sie zu dem passt, was du wollen könntest.“

(jw v. 6.2.2016/Azadi)

## FDP klagt gegen Vorratsdatenspeicherung

Die FDP hat Beschwerde gegen das im Dezember 2015 in Kraft getretene Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Ihrer Auffassung nach ist es unverhältnismäßig und unzulässig, die Daten von 82 Millionen Bundesbürgern zu erheben, so der Rechtsanwalt und stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Wolfgang Kubicki. Es ist die vierte Verfassungsklage gegen die systematische Speicherung von Telefon- und Internetdaten.

2010 hatte das Bundesverfassungsgericht die deutschen Regelungen für eine Vorratsdatenspeicherung für verfassungswidrig erklärt. Die EU-weiten Vorgaben wurden dann 2014 vom Europäischen Gerichtshof in Luxemburg gekippt.

(ND v. 28.1.2016/Azadi)

# ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK

## Sevim Dağdelen (Linke): Einstufung der Türkei als „sicheres Herkunftsland“ wäre „reinsten Wahnsinn“

In einer Kolumne des „Neuen Deutschland“ kritisiert die Abgeordnete der Linksfraktion im Bundestag, Sevim Dağdelen, die Flüchtlingsabwehr der Bundesregierung und die Diskussionen um „sichere Herkunftsstaaten“. Bezüglich der Türkei schreibt sie u.a.: „Das Ansinnen, die Türkei zum „sicheren Herkunftsland“ zu ernennen, ist reinsten Wahnsinn“. Denn: „Je autoritärer und repressiver die Führung in Ankara, desto effektiver verspricht sie darin zu sein, Flüchtlinge mit Zwang davon abzuhalten, aus der Türkei in die EU zu kommen. Mit dem Hofieren der Regierung Erdoğan haben die Bundesregierung und die EU der Türkei einen Freibrief für ihren erneuten Krieg gegen die kurdische Bevölkerung erteilt. Die Türkei ist kein „sicheres Herkunftsland“. Ein „sicherer Drittstaat“ sei sie ebenso wenig. Als solche gelten die EU-Mitgliedsländer, „in denen die Genfer Flüchtlingskonvention und die Menschenrechtskonvention eingehalten“ werden. Komme jemand als Flüchtling aus einem solchen Staat, könne er dorthin zurückgeschickt werden.

In der Türkei aber gilt die Flüchtlingskonvention nur mit einem regionalen Vorbehalt, nämlich für Flüchtlinge aus Europa. Deshalb schiebt die Türkei syrische Flüchtlinge wieder in den Krieg nach Syrien zurück.

Zu dieser Thematik hatte die Bundesregierung in der 129. Sitzung vom 14. Oktober 2015 auf eine entsprechende Frage der Linksfraktion u. a. geantwortet:

„Die Türkei ist zwar Mitglied der Genfer Flüchtlingskonvention, wendet diese aber nur in Bezug auf europäische Staaten („Regionalvorbehalt“) an. Gemäß den Bestimmungen des Rückübernahmeabkommens mit der Türkei, das am 1. Oktober 2014 in Kraft getreten ist, ist die Türkei zur Rückübernahme von Drittstaatsangehörigen, die über die Türkei in die EU-Mitgliedstaaten eingereist sind und sich dort illegal aufhalten, ab Oktober 2017 verpflichtet.

(Azadi)

## Altmaier verhandelt mit Türkei um Rücknahme „krimineller“ Flüchtlinge

„Wir verhandeln mit der Türkei und anderen Ländern über die Rückübernahme auch solcher Flüchtlinge, die aus Drittstaaten kommen,“ sagte Kanzleramtsminister

Peter Altmaier zu Plänen der Bundesregierung, straffällig gewordene Flüchtlinge auch in die Türkei abzuschicken. „Das kann dann bedeuten, dass solche Flüchtlinge nicht in ihr Heimatland abgeschoben werden, wenn dort zum Beispiel Bürgerkrieg herrscht, sondern in das Land, über das sie in die EU gekommen sind“, so Altmaier in der „Bild am Sonntag“.

Die CSU will indes die Liste der „sicheren Herkunftsländer“ erweitern um Armenien, Benin, Bangladesch, Georgien, Gambia, Indien, Mali, die Mongolei, Nigeria, die Republik Moldau und die Ukraine.

(ND v. 1.2.2016)

## **BND und VS: Informationen gegen Asylvorteile**

Den Antworten einer Kleinen Anfrage der Linksfraktion zufolge sind der Bundesnachrichtendienst (BND) und das Bundesamt für Verfassungsschutz in den Jahren 2000 bis 2013 an 850 Asylbewerber zur Abschöpfung von Informationen herangetreten. In 477 Fällen sei den Flüchtlingen ein Schutzstatus zugesprochen worden, den sie möglicherweise ohne eine Zusammenarbeit nicht hätten erhalten können. Die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und der aufgelösten BND-„Hauptstelle für Befragungswesen“ war im NSA-Untersuchungsausschuss bekanntgeworden. Inzwischen werden andere Methoden und Wege angewandt, um Flüchtlinge „freiwillig“ dazu zu bringen, Informationen zu geben.

Die Obfrau der Linksfraktion im Untersuchungsausschuss, Martina Renner, erklärte hierzu: „Wenn

Geheimdienste fortgesetzt Flüchtlinge unter Druck setzen, ist das nicht nur moralisch verwerflich.“ Vielmehr müsse der „Wahrheitsgehalt der so gewonnenen Informationen in Zweifel gezogen werden“.

(ND v. 1.2.2016/Azadi)

## **Christdemokraten schrecken Flüchtlinge weiter ab**

Kaum ist die Tinte trocken, mit der das Asylabschreckungspaket II geschrieben und die unsäglichen Auseinandersetzungen um den Familiennachzug von allein reisenden Flüchtlingen beendet wurden, drängen Abgeordnete christdemokratischen Geistes auf weitere Einschränkungen für Flüchtlinge. Zu ihnen gehört CDU-Vize Thomas Strobl. Er will höhere Hürden für ein unbefristetes Aufenthaltsrecht für Asylbewerber, das es künftig erst nach frühestens fünf Jahren (bisher 3 Jahre) und nur nach „bestimmten Integrationsleistungen“ geben sollte. Seiner Meinung nach sollte ein Flüchtling „einigermaßen ordentlich Deutsch sprechen“ können, „Grundkenntnisse unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung“ haben und „keine Straftaten begangen“ haben. Außerdem sollen sie „mit 60 Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung nachweisen können, dass sie selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen“ können. „Das Recht, unbefristet in Deutschland zu sein, sollte es nicht zum Nulltarif geben“, seine abstoßende Begründung. Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL, sagte zu den Plänen: „Zuerst isoliert man die Flüchtlinge und dann fordert man Integration. Das passt nicht zusammen und ist unfair.“

(ND v. 9.2.2016/Azadi)

# **ZUR SACHE: TÜRKEI**

## **Türkei will Auslieferung von Fethullah Gülen**

Gegenüber der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu kündigte Justizminister Bekir Bozdağ an, die Auslieferung des islamischen Predigers Fethullah Gülen zu beantragen. Einen entsprechenden Antrag werde man bald an das US-amerikanische Justizministerium stellen. In Abwesenheit wird Gülen bereits in der Türkei der Prozess gemacht. Die Anklage fordert für ihn eine erschwerte lebenslange Haft, weil er mit seiner Hizmet-Bewegung den türkischen Staat unterwandert habe. Außerdem soll er eine „bewaffnete Terrororganisation“ gegründet und geleitet haben.

(jw v. 16.01.2016)

## **Justiz fordert lebenslange Haft für Dündar und Gül**

Die beiden regierungskritischen Journalisten Can Dündar und Erdem Gül von der Tageszeitung Cumhuriyet sollen nach dem Willen der Justiz zu lebenslangen

Haftstrafen verurteilt werden. Die Anklageschrift wirft ihnen neben Unterstützung von Terrororganisationen auch vor, einen Umsturz versucht zu haben, weil sie über Waffenlieferungen der Türkei an islamistische Dschihadistengruppen berichtet hatten.

(jw v. 28.1.2016)

## **Türkei ohne russische Touristen**

Die russische Tourismusbehörde Rostourism hat vor Reisen in die Türkei gewarnt, weil der IS die Entführung russischer Bürger plane, um diese nach Syrien zu verschleppen, um sie dort hinzurichten oder als „menschliche Schutzschilde“ zu missbrauchen. Bereits seit 28. November dürfen Tourenanbieter wegen mangelnder Sicherheit keine Reisen mehr in die Türkei verkaufen. Ein Zusammenhang mit dem Streit um den Abschuss eines russischen Jets an der Grenze zu Syrien durch türkisches Militär ist naheliegend.

(ND v. 28.1.2016)

## Türkische Botschaft in Moskau mit neuem Straßennamen

Die Stadtverordnetenversammlung von Moskau plant, die 7. Rostowski-Gasse, in der sich die türkische Botschaft seit 1923 befindet, umzubenennen nach dem im November 2015 abgeschossenen russischen Piloten Oleg Peschkow: „Die Türken sollen ihr Verbrechen ständig vor Augen haben“.

Präsident Erdoğan hatte nach dem Abschuss der russischen Maschine Wladimir Putin ein persönliches Treffen zur Klärung der Differenzen angeboten. Darauf gab es keine Reaktionen Putins.

(ND v. 9.2.2016)

## Ausbeutung von Flüchtlingen für europäische Textilketten

Einem Bericht des „Business and Human Rights Centre“ zufolge arbeiten in der Türkei 250 000 bis 400 000 Flüchtlinge aus Syrien illegal, insbesondere in türkischen Textilfabriken für große Bekleidungsketten. Unter diesen befanden sich u.a. H & M aus Schweden und Next aus Großbritannien. Von zu illegaler Beschäftigung befragten 28 Textilunternehmen antworteten lediglich 10 umfassend.

(jw v. 3.2.2016)

## HDP-Abgeordneter Atalan: AKP will Diktatur mit Erdoğan als Kalif

„Die EU wird hier richtig erpresst – besser gesagt sie lässt sich von der AKP-Regierung erpressen. Die beste Lösung ist, den Menschen in ihren Herkunftsländern zu helfen und bei der Lösung ihrer Probleme mitzuwirken. Was tut hingegen die EU? Sie unterstützt die unterdrückenden Regime, kooperiert und paktiert mit ihnen und wundert sich, weshalb Menschen aus ihrer Heimat fliehen. [...]

Erdoğan löst das Flüchtlingsproblem nicht, er produziert und verschlimmert es selbst. Hunderttausende Kurden haben jüngst ihre Städte aufgrund des brutalen Vorgehens der türkischen Armee verlassen müssen und sind selbst zu Flüchtlingen gemacht worden,“ sagt der HDP-Abgeordnete Ali Atalan im türkischen Parlament und früheres Mitglied der Linksfraktion im Landtag von NRW 2010 – 2012, in einem Gespräch mit der jungen welt v. 10. Februar.

Die Frage, was Erdoğan und seine AKP genau vor habe, beantwortete Atalan so: „Die Homogenisierung der Gesellschaft, eine Neutralisierung aller oppositionellen Kräfte und schließlich die Herstellung einer Diktatur mit ihm als Kalifen. Erdoğan tut inzwischen alles für diese Zielsetzung. Im Moment sind die HDP und kurdische Kräfte die einzigen, die die Verwirklichung dieser Zielvorgabe stören.“

(jw v. 10.2.2016/Azadi)

# KURDISTAN/ RUSSLAND

## Diplomatische Vertretung Rojawas in Moskau eröffnet

Am 10. Februar wurde in Moskau eine diplomatische Vertretung der Selbstverwaltung Rojawas (Westkurdisten/Nordsyrien) eröffnet. Anwesend waren sowohl kurdische als auch russische Vertreter\*innen und Politiker\*innen. Sinam Mohamad, Rojawas Verantwortliche für Außenbeziehungen, sagte gegenüber der kurdischen Nachrichtenagentur ANF, dass dieses Ereignis ein historischer Tag für die Anerkennung des Modells der seit drei Jahren in Rojava existierenden Demokratischen Autonomie darstelle. Dieses Projekt, das auf den grundlegenden Werten von Gleichheit und Demokratie beruhe, könne ein Beispiel sein für die Lösung der Konflikte Syriens und des gesamten Mittleren Ostens. Die Eröffnung einer „Botschaft“ in Moskau bedeute einen gewaltigen Schritt hin zu einer stärkeren Außenbeziehung.

Rodi Osman, nun Vertreterin von Rojava in Moskau erklärte, dass sie in der Teilhabe und Offenheit für russische Politiker\*innen, offizielle Persönlichkeiten, NGOs, Akademiker\*innen sowie der kurdischen Gesellschaft in Russland einen wichtigen Impuls sehe. Beschildert ist die Vertretung in russischer, kurdischer, arabischer und assyrischer Sprache, womit die Vielfalt der Völker Rojawas nun auch in Russland sichtbar werde.

(ANF/ISKU v. 10.2.2016)

Bei der Eröffnung der Vertretung



# KEIN VERGESSEN, KEIN VERGEBEN

## Aufklärung der politischen Morde an Sakine, Fidan und Leyla !

Zum Gedenken an die am 9. Januar 2013 im Kurdistan-Informationszentrum in Paris ermordeten kurdischen Aktivistinnen Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez, demonstrierten am 9. Januar rund 10 000 Kurdinnen und Kurden in Frankreichs Metropole. Kritisiert wurde, dass sich trotz vielfacher Aktionen und Aufrufe die französischen Politiker und Behörden bislang wenig um die Aufklärung dieser politisch motivierten Morde bemüht haben. Vieles deutet darauf hin, dass der türkische Geheimdienst MIT in das Verbrechen involviert gewesen ist, doch weigert sich Frankreich bis heute, die Geheimhaltungspflicht aufzuheben und Erkenntnisse auch aus Untersuchungen in der Türkei preiszugeben. So wurde der Vorgang abgeschlossen, ohne an die Hintermänner und Unterstützer des Verbrechens zu rühren. Lediglich der vermeintliche Täter Ömer Güney, der augenscheinlich im Auftrag des MIT gehandelt haben soll, befindet sich in französischer Haft.

Kontakte offizieller französischer Vertreter zu den Familien der Opfer oder zur kurdischen Community hat es nie gegeben. Gleichzeitig aber hat Frankreich seine Beziehungen zur Türkei fortgeführt und Präsident Hollande bei seinen Ankara-Besuchen diesen dreifachen Mord unerwähnt gelassen.

Frankreich wurde aufgefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, die Verantwortlichen für das Verbrechen herauszufinden und zu benennen, die Geheimhaltungspflichten aufzuheben und Rechenschaft von der Türkei für die Morde auf französischem Territorium zu verlangen.

*(aus dem Aufruf der „Internationalen Vertretung der kurdischen Frauenbewegung“)*



Das Distrikt-Rathaus während der Demo



# FREIHEIT FÜR ABDULLAH ÖCALAN

## Imralı – das türkische Guantánamo muss geschlossen werden !

### Demonstrierende in Straßburg fordern Freiheit für Abdullah Öcalan

In Erinnerung an den 17. Jahrestag der von verschiedenen Geheimdiensten – u.a. dem türkischen MIT – orga-

nisierten Verschleppung von Abdullah Öcalan aus Kenia in die Türkei fand am 13. Februar in Straßburg die jährliche europaweite Demonstration mit Zehntausenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.

Das AKP-Regime des Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan führt seit dem Sommer 2015 einen Krieg gegen die Kurden seines Landes und auch gegen deren

Repräsentanten, Abdullah Öcalan. Der PKK-Vorsitzende verbüßt seit 17 Jahren auf der Gefängnisinsel Imralı eine von der Todes- zur lebenslang umgewandelten Haftstrafe, davon elf Jahre lang als einziger Häftling, bewacht von mehr als 1000 Soldaten. Nun ist er einer von vier Gefangenen in Isolationshaft. Seit Ende Juli 2011 hat Herr Öcalan mit keinem/r seiner Anwälte/Anwältinnen sprechen können und Besuche darf er seit April 2015 nicht mehr empfangen.

Abdullah Öcalan war es, der 2009 eine „Roadmap für den Frieden“ vorgelegt und 2013 die Guerilla zum Rückzug vom Territorium der Türkei aufgerufen und der jahrelang mit der türkischen Regierung Gespräche zur Lösung der kurdischen Frage geführt hatte, soll nun offenbar zum Schweigen gebracht werden.

Die Demonstrierenden forderten die Freiheit für Abdullah Öcalan und die Schließung von Imralı, ein Stopp der Massaker in der Türkei, eine sofortige Aufhebung aller Belagerungen und Ausgangssperren sowie Respekt für die kurdischen Forderungen nach Autonomie.

*(aus dem Flyer der „Internat. Initiative ‚Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan‘, Febr. 2016)*

## **EU-Delegation in die Türkei gereist**

### **MdB Andrej Hunko befürwortet Besuch bei Abdullah Öcalan**

Der europapolitische Sprecher der Linksfraktion, Andrej Hunko, hält sich am 15. und 16. Februar in der Türkei auf. Er ist Teil einer von der EU Turkey Civic

Commission (EUTCC) organisierten internationalen Delegation, die sich für einen Neustart des Friedensprozesses einsetzt. Im Rahmen des Programms ist auch ein Besuch des auf der Gefängnisinsel inhaftierten kurdischen Repräsentanten, Abdullah Öcalan, geplant. Die Delegation wird geleitet von dem südafrikanischen Richter und ehemaligen Anwalt Nelson Mandelas, Essa Moosa.

Andrej Hunko erklärt zu dieser Reise u. a. :

„Gerade jetzt ist es wichtig, entgegen der Eskalationspolitik der türkischen Regierung wieder Schritte in Richtung Frieden zu gehen. Nachdem in den vergangenen Jahren große Fortschritte zur Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts erreicht wurden, setzt Erdoğan erneut auf Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Diese Eskalation muss aufhören. Ziel muss die Wiederaufnahme der Friedensgespräche zwischen Regierung und PKK sein.“

In diesem Zusammenhang ist Abdullah Öcalan eine Schlüsselfigur. [...] Ich fordere die türkische Regierung auf, Isolation und Konfrontation zu beenden und an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um einen dauerhaften und gerechten Frieden möglich zu machen.“

*(PM Andrej Hunko v. 15.2.2016)*

# **INTERNATIONALES**

## **Netanjahus Vertrauter neuer Mossad-Chef**

Der israelische Auslandsgeheimdienst Mossad hat einen neuen Chefspion – den 54-jährigen Jossi Cohen, der seit 2013 Sicherheitsberater und engster Vertrauter von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu war. Zuvor hat er 30 Jahre lang für den Mossad tätig, zuletzt als stellvertretender Direktor.

Zum ersten Mal wurde eine der Öffentlichkeit bekannte Persönlichkeit zum Chef des Nachrichtendienstes ernannt, weil bis in die 90er Jahre die Namen der Mossad-Direktoren geheim gehalten wurden. Von Cohen erwarte Netanjahu, dass er Operationen gegen den Iran und den IS ausweitet. Sein Vorgänger Tamir Pardo galt als Gegner von Militärschlägen gegen den Iran.

Zudem solle der neue Mossad-Chef Kontakte zu muslimischen Staaten herstellen, zu denen Israel keine offiziellen Beziehungen pflegt, was im Außenministerium mit Sorge verfolgt werde. Diplomaten fürchten die Zerstörung ihrer jahrelangen Arbeit im Rahmen der

eigenen Vertretungen in zahlreichen UNO-Organisationen.

*(ND v. 11.1.2016)*

## **Militäreinsatz zur „Sicherung“ von Ölraffinerien in Libyen geplant**

Die Europäische Union und die NATO planen, Soldaten nach Libyen zu schicken. Sobald dort eine Regierung der nationalen Einheit gebildet worden sei, würde man sich auf eine militärische Unterstützung Libyens vorbereiten, erklärte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am 5. Februar in Amsterdam am Rande des Treffens der EU-Verteidigungsminister. Begründet werden militärische Aktivitäten mit der Bekämpfung des IS, in Wirklichkeit dürfte es um die Ressource Öl und die „Sicherung“ von Raffinerien in dem nordafrikanischen Land gehen. Die deutsche Kriegsministerin von der Leyen erwägt eine Ausweitung der EU-Marinemission „Sophia“ in libysche Hoheitsgewässer.

*(AFP-Meldung v. 6.2.2016)*

## Ex-Generalinspekteur: Russlands Einsatz in Syrien hat Frieden erst ermöglicht

Der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, fand lobende Worte zur Rolle Russlands in Syrien: „Die Russen haben mit ihrem militärischen Eingreifen den Friedensprozess erst ermöglicht, sagte er gegenüber der „Passauer Neuen Presse“. „Weder die Amerikaner noch die Europäer hatten eine Strategie für ein friedliches Syrien und waren auch nicht bereit, sich massiv zu engagieren. Die Russen haben es gemacht und damit ein Fenster für eine politische Lösung aufgestoßen“, so Kujat. Hätte die russische Armee nicht eingegriffen, hätte die syrische Armee vor ihrem Ausgestanden, „dann wäre Syrien kollabiert und der IS hätte das Land übernommen“ und die nächsten Ziele wären „der Libanon gewesen und Israel“.

Er widersprach den Behauptungen, Putin habe mit Bombardements auf Aleppo versucht, die Lage zu verschärfen. Vielmehr habe er einen strategischen Plan: „Putins Ziel lautet, den Vormarsch der syrischen Truppen in Richtung IS-Gebiet zu unterstützen. Aleppo ist auf diesem Weg bisher wie ein Sperrriegel gewesen, weil die Stadt von der syrischen Opposition gehalten wurde.“

Allerdings sprach er sich gegen den Einsatz von Awacs-Aufklärungsflugzeugen aus. Gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom 8. Februar warnte er: „Wir dürfen uns nicht in Trippelschritten in einen Konflikt hineinziehen lassen, ohne zu wissen, was der nächste Schritt sein wird und was am Ende dabei herauskommt“.

<http://www.n-tv.de/politik/Kujat-Ohne-Russlands-Bomben-kein-Frieden.de>

# IN MEMORIAM

## Andreas Buro: Mentor der Friedensbewegung und Freund der Kurden verstorben



Am 19. Januar verstarb Prof. Dr. Andreas Buro, Politikwissenschaftler, Bürgerrechtler und Mentor der deutschen Friedensbewegung.

„Andreas Buro wollte den Kurden gegen die brutale Unterdrückung und Vernichtungspolitik eine Stimme geben und setzte sich unermüdlich für die Anerkennung der elementaren Rechte der

Kurden ein“, heißt es in einem Text von Mitgliedern des im März 1995 auch von Andreas Buro gegründeten Dialog-Kreises „Krieg in der Türkei – Die Zeit ist reif für eine Lösung“. Stets habe er die falsche Freundschaft der deutschen Politik zur Türkei kritisiert und bereits vor über 20 Jahren gesagt: „Freundschaft zur Türkei kann in dieser historischen Situation nur heißen, ihrer großen Gesellschaft aus Türken, Kurden, Armeniern, aus Moslems, Christen und vielen anderen Völkern und Religionen beizustehen“. Er rief dazu auf, endlich mit Gesprächen und Verhandlungen zu beginnen, „damit die Vernunft siegt“. Zu seinem Aufgabenbereich habe jedoch nicht nur die Türkei und Kurdistan gehört, sondern eine „Vielzahl weiterer Konflikte“.

Nun sei ein „volles Leben für Frieden und Versöhnung gegen Gewalt und Zerstörung“ zu Ende gegangen. AZADÎ wird Andreas Buro nicht vergessen.

*(Dialog-Kreis, 20. 1. 2016)*

## Abschied von Peter Kleinert



Verstorben ist auch Peter Kleinert (78) – ein „68er“ – politisch, kulturell, journalistisch aktiv, stets kritisch und unbeugsam bis zu seinem Tod.

In der Traueranzeige – unterzeichnet von Werner Rügemer, Wolfgang Bittner, Rolf Gössner und Evelyn Hecht-Galinski – heißt es:

„In Würdigung des Lebenswerkes des Journalisten, Redakteurs, Produzenten, Dokumentarfilmers, Regisseurs, Zeitungsmachers und unbeugsamen Aufrechten, Freund und Verfechter der ungeteilten Menschenrechte – überall auf der Welt und in Deutschland – des Gründers des unabhängigen Fernseh-KANAL4, des KAOS-Kunst- und Videoarchivs, der KÖLNER WOCHE, der NEUEN RHEINISCHEN ZEITUNG, der am 6. Februar 2016 verstorben ist, sagen wir DANKE, lieber Peter, und nehmen Abschied.“ Diesem Dank schließen wir uns an.

Mit Peter Kleinert hatte AZADÎ regelmäßigen Kontakt, weil er sich sowohl für die Situation der in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden interessierte als auch für die politischen Entwicklungen in der Türkei. Er wird uns in Erinnerung bleiben.

*(Azadi)*

# DEUTSCHLAND SPEZIAL

## Gabriels kündigt „echtes Rüstungskontrollgesetz“ an

Linke nennen es eine „Luftnummer“ und „Etikettenschwindel“

Nach massiver öffentlicher Kritik an deutschen Waffenlieferungen an Regime wie Saudi-Arabien, kündigte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) an, nun ein „echtes Rüstungskontrollgesetz“ vorlegen zu wollen. Es werde eine Expertenkommission eingesetzt, die einen entsprechenden Gesetzentwurf erarbeiten soll. Selbstkritisch meinte er, dass die Bestimmungen in der Vergangenheit „häufig zu industriefreundlich ausgelegt“ worden seien. Das habe er geändert. Allerdings wies er die Kritik an Waffengeschäften mit Saudi-Arabien zurück: „Ich habe den Saudis weder Kampfpanzer noch G-36-Maschinengewehre geliefert, und ich hätte den Kataris auch keine Leopard-II-Panzer genehmigt.“ Das habe die Vorgängerregierung aus CDU/CSU und FDP zu verantworten. Jan van Aken, außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, erklärte, dass es sich bei Gabriels Ankündigung um eine „Nullnummer“ handle, wenn das Vorhaben als „absolutes Minimum“ nicht auch ein „komplettes Exportverbot von Kleinwaffen“ enthalte. Waffenlieferungen an „Menschenrechtsverletzer“ müssten gesetzlich verboten werden. Der Bundesvorsitzende der Linkspartei Bernd Riexinger warf Gabriel „Etikettenschwindel“ vor und wies darauf hin, dass die Rüstungsexporte unter Gabriel zugenommen habe. Aus einer parlamentarischen Anfrage der Linken an die Bundesregierung war hervorgegangen, dass im zweiten Halbjahr 2015 der Export von Rüstungsgütern im Wert von 91 Millionen Euro an Saudi-Arabien genehmigt wurde. Insgesamt hatten die Lieferungen an die Golfmonarchie 2015 einen Umfang von 268 Millionen Euro – eine Steigerung um knapp 60 Millionen Euro im Vergleich zu 2014.

(jw v. 16.01.2016)

## Kriegsministerium rüstet auf

Bis 2030 soll die Bundeswehr 130 Milliarden Euro für die Materialbeschaffung erhalten – eine Verdoppelung der bislang im Verteidigungsetat zur Verfügung gestellten Summe für militärische Beschaffung. Ohne Gelder für Forschung und Entwicklung gibt die Bundeswehr für den Kauf von Waffen und Material rund 4,7 Milliarden Euro jährlich aus. Wie das Bundesverteidigungsministerium am 26. Januar erklärte, wolle man sogenannte Missionsausrüstungspakete vorhalten.

(ND v. 27.1.2016)

## Gegner\*innen von Rüstungsexporten gestiegen

Eine im Auftrag der Linksfraktion im Bundestag durchgeführte Umfrage von TNS Emnid hat ergeben, dass 83 Prozent der Befragten mit Nein darauf antworteten, ob Deutschland Waffen und andere Rüstungsgüter in andere Länder verkaufen sollte oder nicht. Nur 14 Prozent befürworteten solche Exporte. 2011 waren bei einer ähnlichen Befragung 78 Prozent dagegen; damit ist die Zahl der Exportgegner\*innen gestiegen ist. Die Zustimmung zu Waffenausfuhren betrug unter Anhängern der Rechtspartei AfD 44 Prozent, der CDU-Anhänger 20 Prozent und der Nichtwähler\*innen nur noch 10 Prozent. Am geringsten ist die Zustimmung bei Wählern der Linkspartei mit 4 Prozent, der Grünen 9 und der SPD 7.

(ND v. 1.2.2016)

## AfD-Personal an den Gewehren

Vizechef der GdP: So etwas hatten wir schon einmal

Die AfD-Chefin Frauke Petry meinte gegenüber dem „Mannheimer Morgen“, dass „umfassende Kontrollen“ notwendig seien, „damit nicht weiter so viele unregistrierte Flüchtlinge über Österreich einreisen können“. Um das zu verhindern, müssten Polizisten notfalls „auch von der Schusswaffe Gebrauch machen“, so stehe es im Gesetz. Bereits im November 2015 hatte ihr Lebensgefährte Marcus Pretzell, Landesvorsitzender der AfD in NRW, gefordert, die deutsche Grenze „mit Waffengewalt als Ultima Ratio“ zu verteidigen.

Ihre Rechtsaußen-Kameradin Beatrix von Storch, AfD-Landesvorsitzende von Berlin, sekundierte auf ihrer Facebook-Seite, dass die aus Österreich einreisenden Flüchtlinge kein Asylrecht hätten. „Wer das HALT an unserer Grenze nicht akzeptiert, der ist ein Angreifer. Und gegen Angriffe müssen wir uns verteidigen.“ Auch gegen Frauen und Kinder.

Jörg Radek, Vizechef der Gewerkschaft der Polizei empörte sich über das „radikale und menschenverachtende Gedankengut“ der AfD. „So etwas hatten wir schon einmal in der deutschen Geschichte, und das wollen wir nie wieder.“

Jan Korte, Vize-Fraktionsvorsitzender der Linken nannte Petrys Aussagen „inhuman, verroht, antidemokratisch“. Bei der AfD fielen offensichtlich „die letzten moralischen Hüllen“, meinte Simone Peter, Vorsitzende der Bundestags-Grünen. „Für mich gehört die AfD in den Verfassungsschutzbericht“ sagte SPD-Chef Sigmar Gabriel und CDU-Generalsekretär Peter Tauber sah in der AfD eine „Ansammlung frustrierter Ewiggestriger, denen Demokratie, Rechtsstaat und Werte wie Nächstenliebe und Barmherzigkeit nichts bedeu-

ten“. Für Ex-Bundesjustizministerin Sabine Leutheuser-Schnarrenberger gehöre die AfD „ins absolute politische Abseits“.

(ND v. 1.2.2016/Azadi)

## Wolfgang Ischinger und sein „Sicherheits“netz aus Politik, Wissenschaft und Rüstungsindustrie

**Blutspur  
der NATO**  
**Offene  
Einmischung  
in Syrien**  
seit 2011 Anfeuerung des dortigen Bürgerkrieges

„Ich kämpfe auch persönlich gegen die pazifistische Neigung in Deutschland, dass jede Form der militärischen Intervention verteuftelt wird. Im Jahr 2011, als der Bürgerkrieg (in Syrien, Azadi) losging, herrschte in Berlin die Meinung vor: Wer interveniert, löst einen Flächenbrand aus. So intervenierte Deutsch-

land nicht, die USA nicht, ebenso wenig Frankreich und Großbritannien. (...) Wir tragen durch unser Wegschauen Mitverantwortung. Und wir sind mitschuldig am Tod von Hunderttausenden von Menschen, weil wir nichts getan haben.“ Wer das sagte, ist Wolfgang Ischinger, Leiter der „Münchner Sicherheitskonferenz“, die am 11. Februar in München eröffnet wurde. Er erwähnte allerdings nicht, dass die NATO-Staaten und ihre Verbündeten wie Saudi-Arabien oder die Türkei den Syrien-Krieg von Anbeginn an durch ihre Unterstützung für den IS angetrieben haben.

Ischinger war Staatssekretär im Auswärtigen Amt zu der Zeit, als Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) Außenminister gewesen ist. Maßgeblich hat er den NATO-Überfall auf Jugoslawien diplomatisch und propagandistisch abgesichert. Sein Credo, dass er Ende Januar in der Tageszeitung „Welt“ wiederholte, war schon damals: „Frieden kann und muss gelegentlich erzwungen werden.“ So fordert er auch eine drastische Erhöhung des Militärhaushalts.

Zu den Sponsoren der „Sicherheitskonferenz“ gehören u.a. der Panzerproduzent Krauss-Maffei Wegmann,



der Flugzeugbauer Airbus und das Raketenunternehmen MBDA. Unterstützung findet Ischinger in der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) oder die Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Involviert ist auch die private „Hertie School of Governance“, die Ischinger im September 2014 auf einen Lehrstuhl für „Sicherheitspolitik und diplomatische Praxis“ berief. Die Universität Tübingen hat ihn 2010 zum Honorarprofessor im Bereich „Friedens- und Konfliktforschung“ ernannt.

(jw v. 9.2.2016/Azadi)

## 2015 über 13 800 rechtsextreme Straftaten

Nach vorläufigen Zahlen wurden im vergangenen Jahr 13 846 rechtsextreme Straftaten begangen. Das teilte das Bundesinnenministerium auf Anfrage der Abgeordneten Petra Pau (Linksfraktion) mit. Für 2014 hatten die Sicherheitsbehörden 10 541 Straftaten durch Rechtsextreme registriert.

Auch deren Gewaltbereitschaft stieg: von 496 im Jahre 2014 auf 921 im vergangenen Jahr; die Zahl der Verletzten betrug 2014 noch 431 und im letzten Jahr bereits 691, wovon insgesamt 612 fremdenfeindlich motiviert waren – im Vergleich zu 2014 nahezu eine Verdoppelung.

„Erfahrungsgemäß verdoppeln sich die Zahlen nach der Nachmeldung der Polizeibehörden von Bund und Ländern noch einmal“, erklärte Pau gegenüber der Deutschen Presse Agentur. „Das heißt, wir haben täglich drei bis vier rechtsextrem motivierte Gewalttaten.“ Dies mache deutlich, dass der Rechtsextremismus „längst wieder eine Gefahr für Leib und Leben von Menschen ist, die nicht in das menschenfeindliche Muster der Nazis passen“, so Petra Pau.

(ND v. 11.2.2016)

Fotos von der Demo gegen die Sicherheitskonferenz in München



# UNTERSTÜTZUNGSFÄLLE

Im Januar 2016 wurde über fünf Anträge entschieden und insgesamt ein Unterstützungsbetrag von 1141,32 € zur Verfügung gestellt. Die Fälle im einzelnen: Asylwiderruf eines ehemaligen §129-Gefangenen, eingestelltes Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz, Hausfriedensbruch im Zusammenhang mit der Besetzung eines Sendestudios, ein Ausweisungsverfahren sowie ein eingestelltes Verfahren wegen Verletzung der Bannmeile vor einem Landtag.

Die sieben politischen Gefangenen erhielten für Einkauf in den JVAen insgesamt einen Betrag von 813,— €.

**Wie wir im Dezember-Info berichtet hatten, muss AZADİ aufgrund der finanziellen Situation den monatlichen Betrag für die Gefangenen auf jeweils 80,— € reduzieren. Wir freuen uns sehr, dass sich daraufhin eine Freundin bereit erklärt hat, für drei Gefangene die monatliche Differenz zu übernehmen. Ein weiterer Freund ermöglicht es, dass ein vierter Gefangener den ursprünglichen Betrag erhalten kann.**

**Es wäre schön, wenn sich für die verbleibenden drei Gefangenen noch Unterstützer\*innen bei AZADİ melden würden (es handelt sich 23,— € monatlich).**

